

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Mittwoch, 13. Februar 1895.

Annahme von Inseraten Rohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank, Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greiswald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co., Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens, in Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Kauf- und Tauschverträge.

In dem zu dem neuen Stempelsteuer-Gesetz entworfene Stempelgesetz wird die Gewerbetreibenden vornehmlich auch der Abschnitt interessiert, der sich auf die Kauf- und Tauschverträge bezieht. Wir haben schon einige Punkte daraus hervorgehoben, möchten aber bei der Wichtigkeit der Sache nummehr die gesamte Position in der Fassung, wie sie vorgeschlagen ist, folgen lassen:

Dannach sollen Kauf- und Tauschverträge und andere lästige Veräußerungsgeschäfte enthaltende Verträge einschließlich der gerichtlichen Zwangsversteigerungen, insoweit nicht die Tarifstellen „Gesellschaftsverträge“ oder „Leibrenten- und Rentenverträge“ zur Anwendung kommen, einen Stempel tragen, wenn sie betreffen: a) im Inlande befindliche unbewegliche Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte 1 vom Hundert, b) außerhalb des Landes befindliche unbewegliche Sachen 1,50 Mark, c) andere Gegenstände aller Art (auch Veräußerungsverträge), falls die Verträge nicht auf Grund der Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1884 der Reichsstempelabgabe unterliegen oder von dieser befreit sind, 1/2 vom Hundert. Bei Kauf- und Veräußerungsverträgen berechnet sich der Wertstempel vom Kauf- oder Veräußerungspreis unter Hinzurechnung des Wertes der auszubehaltenden Leistungen und vorbehaltenen Nutzungen; bei anderen Verträgen vom Gesamtwert der Gegenleistung unter Hinzurechnung des Wertes der vorbehaltenen Nutzungen, oder wenn der Wert der Gegenleistung aus dem Verträge nicht hervorgeht, von dem Wert des veräußerten Gegenstandes.

Der Stempel berechnet sich bei Tauschverträgen nach dem Werte der von einem der Vertragsschließenden in Tausch gegebenen Gegenstände und zwar nach denjenigen, welche den höheren Wert haben, bei dem Tausche inländischer gegen ausländische Grundstücke nur nach dem Werte der letzteren; bei Zwangsversteigerungen von dem Betrage des Meistgebots, zu welchem der Zuschlag erteilt wird, unter Hinzurechnung der von dem Ersteher übernommenen Leistungen; bei Verträgen über Eingabe an Zahlungsstatt von dem Werte, zu welchem die Gegenstände an Zahlungsstatt angenommen werden.

Wird bei einer Versteigerung, welche zum Zwecke der Auseinandersetzung unter Miteigentümern erfolgt, der Zuschlag einem Miteigentümer erteilt, so bleibt bei Berechnung des Stempels derjenige Teil des Meistgebots außer Betracht, welcher auf den dem Ersteher bereits zugehörenden Anteil an den versteigerten Gegenständen fällt. Im Falle der Gemeinschaft unter Witerben gilt im Sinne dieser Vorschrift jeder Miterbe als Miteigentümer nach Verhältnis seines ideellen Anteils am Nachlass.

Wird ein Zuschlagsurteil aufgehoben, so werden die angelegten Stempel nicht erhoben oder, wenn sie bezahlt sind, erlassen.

Die Beurkundung einer nachträglichen Erklärung des aus einem Veräußerungsgeschäft berechtigten Erwerbers, die Rechte und Pflichten für einen Dritten erworben zu haben, ist als Beurkundung desselben Veräußerungsgeschäfts mit dem Dritten zu verzeichnen.

In den Fällen des § 25 der Substitutionsordnung für die Rheinprovinz vom 1. August 1822 sowie des § 39 des Gesetzes, betreffend das Teilungsverfahren und den gerichtlichen Verkauf von Immobilien im Geltungsbereich des rheinischen Rechts vom 22. Mai 1887 bedarf die nachträgliche Erklärung des Versteigers nur eines Stempels von 1,50 Mark.

Der Finanzminister kann bei sonstigen Beurkundungen der im fünften Absatz bezeichneten Art aus Billigkeitsgründen die Erstattung der bereits verwendeten Wertstempel oder die Abfindungsbeträge von der Einlegung derselben anordnen. In diesem Falle erfordert die Beurkundung der nachträglichen Erklärung nur einen Stempel von 1,50 Mark.

An Ermäßigungen und Befreiungen sind vorgesehen:

1. Kauf- und Tauschverhandlungen zwischen Teilnehmern an einer Erbschaft zum Zwecke der Teilung der zu letzterer gehörigen Gegenstände unterliegen einem Stempel von 1,50 Mark. Zu den Teilnehmern an einer Erbschaft wird auch der überlebende Ehegatte gerechnet, welcher mit dem Erben des verstorbenen Ehegatten gütergemeinschaftliches Vermögen zu teilen hat.
2. Bei Übertragungsverträgen, durch welche unbewegliche Sachen oder diesen gleichgeachtete Rechte oder bewegliche Sachen allein oder im Zusammenhang mit anderem Vermögen von Abzenteilen auf Abzenteilen übertragen werden, kommen für die Festsetzung des stempelrechtlichen Erwerbspreises verschiedene von dem Erwerber übernommene Verpflichtungen und Gegenleistungen nicht in Anwendung.
3. Kauf- und Veräußerungsverträge über bewegliche Gegenstände, sofern die letzteren entweder zum unmittelbaren Verbrauch in einem Gewerbe oder zur Wiederveräußerung in derselben Beschaffenheit oder nach vorgängiger Verarbeitung der Verarbeitung dienen sollen oder im Inlande von einem der Vertragsschließenden erzeugt oder hergestellt sind, tragen einen Stempel von 1/10 des Kauf- oder Veräußerungspreises.
4. Gerichtliche oder notarielle Aufnahmen oder Beglaubigungen der nach der Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes vom 27. April 1884 reichsstempelbefreiten Kauf- und Anschaffungsgeschäfte unterliegen einem Stempel von 1,50 Mark.

Es ist aus Vorstehendem ersichtlich, daß der neue Stempelsteuer-Gesetz gleichmäßig alle Geschäfte, durch welche unbewegliche oder bewegliche Sachen gegen eine Leistung irgend welcher Art veräußert werden, dem Wertstempel unterwirft. Es sind außerdem einige Abänderungen gegen das bestehende Recht getroffen, so ist allgemein bestimmt, daß jeder Miterbe als Miteigentümer nach Verhältnis seines Anteils am Nachlass zu gelten hat. Am meisten aber wird die Bestimmung, welche unter die Nummer 3 der Ermäßigungen über Kauf- und Veräußerungsverträge über bewegliche Gegenstände gestellt ist, die Gewerbetreibenden interessieren. Hierzu bemerkt die Spezialkommission des Entwurfs nach einer Schilderung der einschlägigen gesetzgeberischen Vorgänge folgendes:

„Der gegenwärtige Rechtszustand ist folgender:

1. Kauf- und Veräußerungsverträge über Geschäfte,

welche unter Zugrundelegung von Waaren einer Börse geschlossen werden und börsenmäßig gehandelte Mengen von Sachen oder Waaren zum Gegenstande haben, bedürfen eines Reichsstempels von 1/10 vom Tausend; 11. von jeglicher Stempelabgabe — dem Reichs- und Landesstempel — sind befreit:

1. Kauf- und Veräußerungsverträge der unter 1 bezeichneten Art, wenn die Waaren, welche Gegenstand des Geschäfts sind, von einem der Vertragsschließenden im Inlande erzeugt oder hergestellt sind;
2. nicht unter 1 fallende Kauf- und Veräußerungsverträge über Mengen von Sachen oder Waaren, die

a) zum Gebrauche als gewerbliche Betriebsmaterialien oder b) zur Wiederveräußerung in derselben Beschaffenheit oder nach vorgängiger Verarbeitung oder Verarbeitung bestimmt oder c) im Inlande von einem der Vertragsschließenden erzeugt oder hergestellt sind;

III. alle übrigen Kauf- und Veräußerungsverträge bedürfen des Veräußerungsstempels von 1/10 v. H. Aus dem vorstehenden zu II Ziffer 2 Bemerkten geht hervor, daß zur Zeit selbst solche Kauf- und Veräußerungsverträge, die das Reich seiner Besteuerung nicht unterwirft, zum großen Teil dem Landesstempel gänzlich entzogen sind. Die Steuerfreiheit ist keine vom Gesetzgeber beabsichtigte, sondern lediglich die Folge der Einwirkung des Reichsstempelgesetzes auf landesstempelgesetzliche Vorschriften. Der in der Annahme zu Tarifnummer 4 des Reichsstempelgesetzes vom 29. Mai 1885 enthaltenen Befreiungsvorschrift ist daher in dem Reichsstempelgesetz vom 27. April 1884, wie auch in den Motiven dazu gesagt ist, eine veränderte Fassung nur deshalb gegeben, um der Landesgesetzgebung bezüglich der Befreiung der in Rede stehenden Verträge wiederum freie Hand zu gewähren.

In der Erwägung, daß die Interessen der Landwirtschaft, des Handels, Gewerbes und der Industrie wohl Berücksichtigung verdienen und eine steuerliche Begünstigung der auf diesen Gebieten vorzunehmenden, gegenwärtig steuerfreien Kauf- und Veräußerungsverträge rechtfertigen, andererseits aber kein Grund vorliegt, Verträge dieser Art gänzlich von der Steuer frei zu lassen, wird im Entwurf eine Abgabe von 1/10 v. H. in Vorschlag gebracht. Der Steuerfuß ist nicht wesentlich höher als die durch das neue Reichsstempelgesetz für Kauf- und sonstige Anschaffungsgeschäfte von Waaren eingeführte Abgabe von 1/10 vom Tausend und steht dem Landesstempel für die Abtretung von Forderungen gleich. Eine nicht unerhebliche Erweiterung erhält die vorgeschlagene Ermäßigung noch dadurch, daß die von ihr betroffenen Geschäfte nicht mehr die Veräußerung der Sachen oder Waaren zur Voraussetzung haben sollen.

Deutschland.

Berlin, 13. Februar. Der Reichstag wird nach der Erledigung des Etats der Post- und Telegraphenverwaltung die zweite Beratung des Etats unterbrechen, um die erste Lesung der Gesetzesvorlage betreffend die Finanzreform und die Landabgaben vorzunehmen, welche Materien voraussichtlich die ganze nächste Woche in Anspruch nehmen werden. Es läßt sich erwarten, daß die Gegner der beiden Vorlagen abends beantragen, das Landabgaben-Gesetz vor dem Finanzreformgesetz auf die Tagesordnung zu bringen. In parlamentarischen Kreisen scheint man auch mit der Wahrscheinlichkeit eines Erfolges dieser Vorhaben zu rechnen.

Von seinem Vertreter in Yokohama hat das hiesige Importhaus von Wagner ein Schreiben erhalten, das Mitteilungen enthält, wie man in dem fernsten Asienreich bereits seit Monaten damit beschäftigt ist, den achtzigsten Geburtstag des kaiserlichen Kaisers zu feiern. Das Bemerkenswerte hierbei ist, daß nicht nur unsere in jenem ostasiatischen Kaiserreich lebenden Landsleute die Feier des Tages vorbereiten, sondern daß an diesen Vorbereitungen auch die einheimische Bevölkerung mit Eifer sich beteiligt. Ende des vorigen Jahres sind von Japanern, die in Deutschland ihre Bildung genossen haben, an alle Landesleute, die den gleichen Bildungsgang durchgemacht hatten, Zirkulare erlassen worden, in denen sie zu einer gemeinsamen Veranstaltung eingeladen wurden. Die nämliche Einladung ist an die Mitglieder des Vereins für deutsche Wissenschaft und Schule in Tokio ergangen. Endlich ist ein Aufruf an die Studierenden der Universität zu Tokio erlassen worden, es mögen sich an der Feier alle diejenigen beteiligen, die der deutschen Abteilung der juristischen Fakultät angehören oder deutsche Literatur studieren. In der Hauptstadt und in Yokohama werden die offiziellen Feiernlichkeiten stattfinden, die in privatem Rahmen sich im ganzen Lande überall dort wiederholen dürfen, wo Deutsche und deutsch sprechende Japaner sich zusammenfinden. Wenn man erwägt, daß allein der erwähnte Verein an 800 Mitglieder zählt und daß unter denen, die in Deutschland ihre Bildung genossen haben, sich die höchsten Beamten und Militärs befinden, von unseren angesehenen und reichen Landsleuten dieselbe ganz zu schweigen, so wird Japan ein Dismalfeier erleben, wie sie größerer im Vaterlande des Gelehrten selbst kaum sein wird.

In München nahm gegen die Umsturzvorlage eine Versammlung des dortigen Journalisten- und Schriftstellervereins, nachdem mehrere Redner die Vorlage eingehend kritisiert hatten, einstimmig eine Protestresolution an, die beim Reichstag eingereicht werden soll, und in welcher ausgeführt wird, daß die Umsturzvorlage in das innerste Wesen und Leben der Presse, des Schrifttums und der dramatischen Kunst tief und verderblich einschneide. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Vorlage, die jede Kritik unterbünde, für den deutschen Dichter eine Konfliktschuld überhaupt unmöglich mache, die Bühnenwerke den verschiedenen Auffassungen der einzelnen Polizeibehörden unterstelle und preisgebe, und endlich eine Arbeit der Tagespresse ohne Gefahr für die Freiheit ihrer Redakteure und Mitarbeiter geradezu ausschließe.

Der deutsche Tabakverein hat dem Reichstages eine ausführliche Denkschrift zugehen lassen, die allgemeine Bemerkungen zum Tabaksteuergesetz enthält. Weiter ist der Entwurf des Gesetzes nebst der Begründung abgedruckt und mit Bemerkungen versehen. Zuletzt folgen einige An-

lagen. Die Denkschrift kommt zu dem Ergebnis, daß das Gesetz für die Tabakindustrie unannehmbar ist. Es wird dazu bemerkt:

„Das ganze in Aussicht genommene Steuersystem bedeutet eine so außerordentlich schwer treffende Beeinträchtigung der Existenzbedingungen der gesamten Tabakindustrie, daß es auf ein kleines Mehr oder Minder in der schädlichen Wirkung, wie es durch die Abführung der Säge herbeigeführt werden könnte, gar nicht ankommt. Die Verurteilung und Zurückweisung der Tabaksteuer ist deshalb auch in einmütiger Geflossenheit der Branche, der Zigarren- und Zigarettenfabrikanten, der Rauchtabak-, Schnupftabak- und Rauchtobakfabrikanten erfolgt, und jede etwa hier und da vorhandene Spekulation auf eine Spaltung unter den Interessenten können wir deshalb getroffen als eine durchaus trügerische Hoffnung bezeichnen.“

Die Denkschrift ist sehr klar und übersichtlich und wird deshalb für die richtige Beurteilung des Steuergesetzes sowohl innerhalb als außerhalb des Reichstages beitragen können.

Nach dem Stempelgesetz zu dem neuen Stempelsteuergesetz ist auch der Steuerfuß für Mieth- und Untermiethverträge abgemindert. Schriftliche und mündliche Verträge über unbewegliche Sachen, sofern der verarbeitete nach der Dauer eines Jahres zu berechnende Miethzins mehr als dreihundert Mark beträgt, unterliegen einem Steuerfuß von 1/10 v. H. des Miethzins. Der Vermieter und Untermieter hat die während der Dauer des Kalenderjahres in Geltung gewesenen stempelrechtlichen Miethverträge innerhalb der ersten Woche des Jahres des darauffolgenden Jahres oder wenn der Vertrag innerhalb des Kalenderjahres erlischt, innerhalb der ersten Woche nach dem Erlöschen in ein Verzeichnis (Miethverzeichnis), welches die Bezeichnung des Grundstücks, den Namen des Miethers, Dauer des Miethverhältnisses im Ganzen und während des betreffenden Kalenderjahres, den Miethzins, den erforderlichen Stempelbetrag, die Namensunterzeichnung des Vermieters bei jedem einzelnen Vertrag und das Datum der Eintragung enthalten muß, in fortlaufender Reihenfolge einzeln einzutragen und das Miethverzeichnis einer Steuerstelle behufs Verwendung der Stempel vorzulegen. Die Versteuerung sämtlicher während eines Kalenderjahres bestehenden Miethverträge muß spätestens bis zum 1. Februar des darauffolgenden Jahres bewirkt sein.

Mit diesen neuen Bestimmungen ist beabsichtigt, den noch immer in großer Zahl vorkommenden Steuerhinterziehungen bei den Miethverträgen möglichst vorzubeugen und dann den nicht unbegründeten Klagen darüber, daß bei mehrjährigen Miethverträgen die Steuer bei der Errichtung für die gesamte Dauer des Miethverhältnisses ohne Rücksicht auf das tatsächliche Verhalten derselben gezahlt werden muß, Rechnung zu tragen. Der Miethstempel würde so nicht nach der vertragsmäßig festgesetzten Zeit, sondern nur nach der wirklichen Dauer des Miethabkommens gezahlt werden. Die mit den vorerwähnten Verfügungen verbundenen Miethverzeichnisse haben zu notwendiger Vorsorge, daß auch mündlich geschlossene Miethverträge in die Verzeichnisse aufzunehmen und zu verzeichnen sind, weil sonst zu befürchten ist, daß die Vertragsschließenden eine schriftliche Fixierung ihrer Vereinbarungen vermeiden werden.

Schriftliche Mieth- und Untermiethverträge über bewegliche Sachen unterliegen gleichfalls einem Stempel von 1/10 v. H. des Miethzins. Der Stempel berechnet sich nach der Dauer der bezugsfähigen Miethzeit. Bei Miethverträgen auf unbestimmte Zeit ist der Versteuerung eine einjährige Dauer zu Grunde zu legen.

Essen a. d. Ruhr, 12. Februar. Der Bochumer Lustspielverein hat der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ zufolge im Interesse seiner Beamten eine Pensionskasse für Witwen und Waisen mit einem Grundvermögen von 700 000 Mark gegründet. Die Jahresbeiträge der Mitglieder belaufen sich auf 32 000 Mark, einschließlich der gleich hohen Beiträge des Bochumer Vereins.

Dresden, 12. Februar. Finanzminister von Tschammer ist gestorben.

Karlsruhe, 12. Februar. In der gestrigen Bürgerversammlung teilte der Landtagsabgeordnete Fischer mit, daß seitens der Regierung die Pläne für den Rheinanal nach Karlsruhe ausgearbeitet seien; demnach wird die Vorlage wahrscheinlich in den nächsten Landtag kommen.

Oesterreich-Ungarn.

Prag, 12. Februar. Die tschechischen Universitätskörper planten gegen die Professoren Graf und Pragel, die als Landtagsabgeordnete in Sachen des Oesterreicher Bezirksgerichtes mit den Deutschen geklämt hatten, eine Kundgebung, beide Professoren sind aber zur Vorlesung nicht erschienen. Da die Studenten vermuteten, daß Graf und Pragel von einem Kollegen gewarnt wurden, ergoß sich eine Flut von Angriffen gegen diesen.

Leipzig, 12. Februar. Die hiesigen Blätter melden aus Vardana, daß der Juchgeheule des Gouverneurs, Senator Baron Wierem, nach Petersburg berufen sei und nicht auf seinen Posten zurückkehren werde.

Belgien.

Brüssel, 12. Februar. In der Repräsentantenkammer brachte der Finanzminister eine Gesetzesvorlage im betreffend die Konversion der 3 1/2 proz. belgischen Anleihe in eine 3prozente. Auf Antrag des Ministers genehmigte die Kammer für diese Vorlage die Dringlichkeit. Der Minister des Äußern Graf von Merode brachte eine Vorlage ein, wonach das am 9. Januar abgeschlossene Übereinkommen betreffend die Abtretung des Kongosstaates an Belgien genehmigt werden soll. Die Vorlage wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern überwiesen, von denen 7 der Linken angehören.

Frankreich.

Paris, 12. Februar. Präsident Faure hat nach Empfang der Nachricht von der Ankunft des Kaisers von Oesterreich auf französischem Gebiet folgendes Telegramm an diesen gerichtet: „Ich beziele mich, Ev. Majestät bei der Ankunft auf französischem Gebiet willkommen zu heißen und der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der neue Aufenthalt am Kap Martin Ev. Majestät angenehm sein wird. Ich lege Ihrer Majestät der Kaiserin meine ehrerbietigen Grüßungen zu Füßen und bitte Ev. Majestät, von meinen aufrichtigen, freundschaftlichen Gefühlen überzeugt zu sein.“

Paris, 12. Februar. Der neue radikale Feldzug behufs Aufhebung neuer Stände in der Angelegenheit der Eisenbahnverträge gilt hier als vollständig gescheitert. Millerand, Barres und Main Tarac wußten vor dem Ausschusse nur allgemeine Beschuldigungen ohne den geringsten Beweis vorzubringen. Lange mußte sogar zugeben, daß Raynals Ehrenhaftigkeit außer Zweifel stehe. Der Ausschuss wird die Angelegenheit bald damit beenden, daß er die Verurteilung Raynals in Anklagestand mit erdrückender Mehrheit ablehnt.

Pelletan hat sich geneigt, vor der Kommission, welche die Untersuchung gegen Raynals führt, auszusagen, weil er sich mit der Kommission über den Modus der Untersuchung nicht in Uebereinstimmung befindet.

Italien.

Rom, 12. Februar. In Alera ist die Ruhe wieder hergestellt. Aus Anlaß der dortigen Unruhen wurden 12 Personen verhaftet. Der Studentendienst funktioniert unter Zuhilfenahme der Truppen regelmäßig.

Die Unruhen unter den Studenten der hiesigen Universität dauerten heute fort. Die Studierenden versammelten sich heute im Kolosseum, wo sie durch die Polizei zerstreut wurden, drei derselben wurden verhaftet, jedoch alsbald wieder freigelassen.

Der Unterrichtsminister Bacelli empfing heute den Führer der Kommission der Studierenden der Neapeler Universität; er erklärte demselben, daß er die Universität in Neapel wieder eröffnen werde, wenn an allen Universitäten die Ruhe wieder hergestellt sein werde und zwar unter den nachfolgenden Bedingungen: Alle Studenten müssen sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung ansehnlich machen. Die für den Sommer angelegten Prüfungen sind für alle verloren; die für diese Prüfungen bestimmte Zeit soll auf Vorlesungen zum Ersatz für die während des Schließes der Universität ausgefallenen verwendet werden.

Auf Anordnung der Kongregation der Propaganda werden die französischen barmherzigen Schwestern aus Erythra abberufen und durch italienische St. Anna-Schwestern ersetzt.

Mailand, 12. Februar. Das bereits gemeldete Ergebnis der hiesigen Gemeinderatswahlen bedeutet einen vollständigen Sieg der veränderten Konfessionen und Liberalen. Die Republikaner errangen nur den vierten Teil ihrer bisherigen Mandate. Die Sozialisten verdoppelten gegen das Vorjahr ihre Stimmenzahl.

Großbritannien und Irland.

London, 12. Februar. Das „Reuterische Bureau“ meldet aus Pretoria: Bei der heutigen Eröffnung des Volksraats erklärte der Präsident Kruger, es sei Pflicht der Regierung, unverzüglich die letzte Sozialkonvention dem Volksraad zu unterbreiten. Die Regierung werde die Zustimmung des Volksraats zur Abänderung des Kommandogefetzes im Sinne des Abkommens mit Sir Henry Pot befehlen.

Im Unterhause erklärte der Schatzkanzler Lord Harcourt, die Regierung sei im Allgemeinen unzufrieden mit den in Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika stattfindenden Untersuchungen über die Noth der Landwirtschaft. Die Regierung wisse auch, daß dem amerikanischen Senate eine Bill vorliegt, wonach das Verbot in landwirtschaftlichen Erzeugnissen verboten werden soll, sie habe aber keine Mittelungen darüber empfangen und auch keine Unterhandlungen darüber mit anderen Staaten angeknüpft. Weiter glaubt, daß die Zeit noch nicht gekommen sei, wo dieses Verbot mittelst eines internationalen Abkommens unterdrückt werden könne. Daraus wurde die Abredebehalte fortgesetzt. Hierbei beantragte Lordpot ein Amendement, welches sich dafür ausspricht, daß England einen billigen und ausreichenden Theil der Zölle und Militärverwaltungskosten Ostindiens trage.

Türkei.

Konstantinopel, 8. Februar. Seit Kurzem ist in hiesigen politischen Kreisen das Gerücht verbreitet, der bekannte Führer und Apostel der Rumgallachen in Makedonien Apostol Wargary habe sich, da die Zuschüsse aus Rumänien ausgeblieben seien, den Türken in die Arme geworfen und ihnen Papiere ausgeliefert, durch welche Rumänien wegen seiner Propaganda unter den Rumgallachen stark beunruhigt erscheine. Diese Nachricht dürfte wahrscheinlich ihren Weg in die europäische Presse finden, und es sei daher an dieser Stelle das genannte Gerücht im Voraus richtiggestellt. Apostol Wargary ist ein viel zu guter Patriot und kluger Mann, um die Tat, die man ihm zuschreibt, zu verüben. Er hat der türkischen Regierung keinerlei Papiere ausgeliefert, sondern es wurden ihm einige übrigens ziemlich belanglose Papiere entwendet. Rumänien erscheint durch diese Dokumente keineswegs bloßgestellt, noch weniger aber Oesterreich-Ungarn, wie es noch hieß. Der Wahrheit zu Ehren muß auch gesagt sein, daß die Pforte in den letzten Jahren die Bestrebungen der Rumgallachen nicht gestört, sondern eifriglich begünstigt hat. Zu diesem türkischen Verhalten führte die Erkenntnis, daß die Rumgallachen viel zu weit von ihren rumänischen Stammesbrüdern entfernt sind, um je an eine Vereinigung denken zu können. Dagegen, so wurde türkischerseits geschlossen, sind sie zahlreich genug, um einen Damm gegen die griechische, bulgarische und serbische Agitation in Makedonien, deren Ziele unweigerlich zu Tage liegen, zu bilden. Man begünstigte daher die Rumgallachen auf alle nur mögliche Weise, um sich in ihnen treue Unterthanen zu schaffen. Erst in der allerletzten Zeit scheinen Verdächtigungen gegen Wargary aufgetaucht zu sein und die bisherige Begünstigung seiner Landsleute wurde auf einen Wechsell auf Konstantinopel sichtlich eingeschränkt. Ob diese Maßregel im türkischen Interesse liegt, mag bezweifelt werden. Die 200 000 bis 220 000 Rumgallachen, die außer in ihren drei Hauptmittelpunkten (Monastir, Kruschovo und Plavsko-Skiftura) im ganzen Balkan, in Süd-Albanien, längs des Adriatischen Meeres und der griechischen Grenze in etwa 500 Dörfern und Weiler zerstreut sind, können viel nützen, dagegen würden sie ein recht beachtenswerthes, neues zerlegendes Element in dem Völkergemeinschaft auf dem westlichen Balkan bedeuten, wenn man gegen sie gerade das Gegenteil des bisherigen Regierungssystems zur Anwendung bringen wollte.

Arbeiterwohnungen.

Das Bestreben, gute und billige Wohnungen für die Arbeiter zu schaffen, findet, wie sich aus den Berichten der Gewerbaufsichtsbereame erkennen läßt, immer weitere Anerkennung, wenn auch die Wege, die zur Erreichung dieses Zieles eingeschlagen werden, sehr verschieden sind.

Im ersten Falle stehen die zahlreichen Fälle, in denen die Arbeitgeber für ihre Arbeiter Wohnhäuser erbaut haben. So hat in Balmindien in Sümpfen die Firma Stantien und Weder eine große Zahl guter und billiger Arbeiterwohnungen geschaffen, auf dem Westinghouse der Firma Dirsch und Sohn bei Eberswalde haben sämtliche auf dem Werk wohnenden ca. 100 Arbeiterfamilien gesunde und bequeme Wohnungen, für die meist ein Miethspreis von nur 64 Mark für das Jahr bezahlt wird, in Ober-Langenbäumen besitzt die Firma Ehr. Dierig zwei Wohnhäuser für je zwölf Familien, in Drieg B. Prillias ein Wohnhaus, in Tichaußelwitz die Zuckerfabrik eine Kaserne, in der 64 Arbeiter unentgeltlich Aufnahme finden. Große Fürsorge verwendet auch die Papierfabrik von Korn und Bod in Sacrau auf die Wohnungen ihrer Arbeiter. Im Bezirk Kienitz wird das Bestreben der Arbeiter, sich selbst anzubauen, von den größeren Werken durch Gewährung von Darlehen bereitwillig unterstützt. Das Eisenbüttenwerk Zawadzki besitzt eine Reihe von Häusern mit landlichem Charakter mit je vier bis acht Wohnungen sowie Gärten und Ackerland. Die hiesige Solberg-Bernigeröderische Verwaltung hat bei dem Sagenort zu Colonoska eine Anzahl neu erbauter Häuser mit Ackerland gepachtet, die sie den Arbeitern gegen einen billigen Miethzins überläßt. Die Glasfabrik Porta hat durch Neubau von 24 Arbeiterwohnungen nummehr im Ganzen für 123 Wohnungen gesorgt, die hiesige Wilmshausenfabrik hat ebenfalls 24 neue Arbeiterwohnungen erbaut. Bemerkenswerth ist das Vorgehen der Stadt Bocholt: Dort ist angeordnet worden, durch Straßentat die Arbeiterwohnungen an neuen Straßen der Stadt von Straßenaufsichten gänzlich frei zu lassen und dadurch den Bau von Arbeiterwohnungen zu erleichtern; auch will die städtische Sparkasse die Verleihungsgrenze für Arbeiterwohnungen erweitern. Seit dem Jahre 1869 sind dort 332 Arbeiterwohnungen gebaut worden und etwa 100 Familienhäuser in den Besitz von Arbeitern übergegangen.

In 46 Fabrikbetrieben des Bezirks Oberhausen waren „besondere Arbeiterwohnungen“ vorhanden, und zwar im Ganzen 1133 Familienwohnungen. Seitigen ist die Zahl der Wohnungen in der Baumwollspinnerei Weyerhuth von 154 auf 178, in der Schieferfabrik- und Bleichfabrik von A. W. Faber in Geroldsbühl von 42 auf 62. Auch aus den Bezirken Schwaben und Baden wird von zahlreichen Bauten von Arbeiterwohnungen berichtet. Bemerkenswerth ist das Vorgehen des Kommerzienrathes ten Brink in Aalen, der seinen Arbeitern Einzelhäuser mit Küche, vier Zimmern, Keller und Garten zum Preise von 2200 Mark herstellt. Hieron erhalten die Arbeiter meist 400 Mark geschenkt, der Rest von 1800 Mark wird bei einer Anzahlung von 300 Mark und mit jährlichen Zahlungen von 120 Mark für Mieth- und Amortisation mit 3 1/2 Prozent amortisiert. Auch viele andere Arbeitgeber befolgen das Bestreben, den Arbeitern den Erwerb eines eigenen Hauses zu ermöglichen, so die Firmen Gebr. Arndt in Queblinburg, Weber und Otto in Forchheim, de Vos in Ickehoe, letztere Firma bewirkt die Selbsthaltung ihrer Arbeiter auf die Weise, daß sie die erste Hälfte des Brandaufwandes als erste Hypothek zu 3 1/2 Prozent verzinst und das übrige als Darlehen vorrückt. Das Kapital wird durch Ratenzahlungen allmählich abgetragen. Aehnliche Verhältnisse treten sich die Arbeiter der Zementfabrik Bahndale, und der Knochenbrennerei von Sturz u. Voregen in Friedrichsdorf. Außer den genannten haben noch viele andere Arbeitgeber theils durch den Bau von Wohnungen, theils durch Gewährung von Darlehen die Selbsthaltung ihrer Arbeiter unterstützt.

Neben den Arbeitgebern sind es Vereine und gemeinnützige Gesellschaften, die sich in anerkenntenswerther Weise, meist als Spar- und Bauvereine, um die Hebung der Arbeiterwohnungsverhältnisse verdient gemacht haben. Bekannt ist die Thätigkeit der Vereine in Hannover und Berlin, die indessen jetzt schon an zahlreichen Orten thätigste Nachfolge gefunden haben, so in Dittersbach in Schlesien, in Aachen, Dresden, Mannheim, Albst, Herford, Leipzig, Kamban und Straßburg. Andere Vereine suchen anstatt für Arbeiter Häuser zu erbauen oder zu vermieten, den Arbeitern den Erwerb eigener Häuser zu erleichtern. Hierbei erwiesen sich auch Sparfassen vielfach entgegenkommend in der Herabsetzung von Hypothekendarlehen. Besonders hervorzuheben ist in dieser Hinsicht die Thätigkeit der Dresdener „Silesia“, die für Arbeiter, die sich in Saaran ansiedeln wollen, Baupläne zu besonders günstigen Bedingungen zur Verfügung stellt und auch beim Bau selbst besondere Begünstigungen gewährt. Denselben Zweck verfolgen Baugesellschaften in Queblinburg, Barmen, Erfurt, Hensburg, Haarden, Altona, Gronau und Hohenberg.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 13. Februar. Für die städtischen Schulen sind die seitens der Stadt gemachten Ausgaben alljährlich recht erheblich und besonders die Schulbauten erfordern große Summen, aber trotzdem lassen die Räumlichkeiten, in denen Klassen von Gemeindeschulen untergebracht sind, theilweise noch viel zu wünschen übrig. Das folgende möge als Beweis dienen: Die 5. Klasse der 21/22. Gemeindeschule in dem Grundstück Rosenparken 19 wird von 70 Kindern besucht. Wenn — wie gefordert vorgeschrieben — 0,6 Quadratmeter Raum pro Kopf gerechnet werden, so bietet die Klasse hinreichend für 35 Kinder Platz, um nun jene 70 unterzubringen, wurden so viele Bänke eingestellt, als nur irgend möglich war. Ein freier Gang ist daher nicht vorhanden und die Kinder müssen, um zu den Kleiderhaken zu gelangen, mit ihrer Wintergarderobe über die Bänke klettern. Auch an den Seiten ist kein freier Gang, die Bänke berühren einander in der heißen Zeit, andererseits die nur mangelhaft schließenden Fenster, in deren unmittelbarer Nähe die Kinder zu sitzen genöthigt sind. Trotz dieser Mängel reichen die vorhandenen Bänke aber nicht aus, die genannte große Kinderzahl zu fassen, da sich aber wegen Raumangel eine fernere Bän-

